

Zur besonderen Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel gehört es, dass kritische Themen nicht außen vor gelassen werden. Entgegen Ihrer Wahrnehmung vertrat auch die bisherige Bundesregierung (und Bundespräsident Steinmeier in seiner Funktion als Außenminister) die Position, dass der israelische Siedlungsbau in den besetzten Gebieten nicht nur gegen Völkerrecht verstößt, sondern zudem – so wie im Übrigen andere einseitige Schritte der Parteien auch – die Perspektive für eine Zwei-Staaten-Lösung erschwert. Sie hat daher wiederholt ihre ablehnende Haltung gegenüber der Siedlungspolitik im Gespräch mit ihren israelischen Partnern und in öffentlichen Äußerungen zum Ausdruck gebracht. Auch zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Union machte Deutschland diese Haltung deutlich. Die Bundesregierung hat ebenso die Situation der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten regelmäßig auf unterschiedlichen Ebenen angesprochen und sich aktiv für eine Verbesserung eingesetzt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Kerstin Whalley

Referat 20

(Grundsatzfragen der Außenpolitik, Beziehungen  
zu Amerika und zum Mittleren und Nahen Osten und  
Nordafrika sowie zu internationalen und multilateralen  
Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen)